Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/295

24. 01. 95

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann und der weiteren Abgeordneten der PDS

Wetteramt Rostock

Nach Vorlage der Kienbaum-Studie zur Neuorganisation des deutschen Wetterdienstes wurde durch das Bundesministerium für Verkehr entschieden, das Wetteramt Rostock zum 1. April 1995 zu schließen.

Die Umwandlung der bisherigen Dienststelle in eine Außenstelle des Geschäftsfeldes „Klimagutachten" der Regionalzentrale Hamburg und ihre personelle Verkleinerung kann kaum als angemessener Ausgleich betrachtet werden.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Wurde die Verwaltungsordnung des Wetterdienstes von 1952, nach der in jedem Bundesland ein Landeswetteramt einzurichten sei, aufgehoben?

   Wenn nicht, warum wurde diese Regelung für Mecklenburg-Vorpommern außer Kraft gesetzt?

2. Welche Möglichkeit besteht, das Wetteramt Rostock mit seinen bisherigen Aufgabenfeldern sowie seinem berufserfahrenen, kompetenten Personal als Außenstelle des Hamburger Wetteramtes weiterzuführen?

3. Welche Konsequenzen für die Sicherheit, den Verkehr, insbesondere den Schiffsverkehr, die Wirtschaft, z. B. die Hafenwirtschaft, Tourismus und Fremdenverkehr ergeben sich aus der Tatsache, daß sowohl Wettervorhersage als auch -warndienst für Mecklenburg-Vorpommern (als einzigem Bundesland) aufgeteilt und den Regionalzentren Hamburg bzw. Potsdam zugeordnet wurde?

4. Wer übernimmt bei küstennahen Unwetterlagen die meteorologische Verantwortung für den Ostsee-Anrainer Mecklenburg-Vorpommern?

5. Ist eine rechtzeitige, sachgerechte Warnung vor Wetterunbilden in Mecklenburg-Vorpommern und vor allem an dessen Küste von Hamburg aus realistisch?

Bonn, den 24. Januar 1995

Dr. Dagmar Enkelmann
Dr. Gregor Gysi für die Abgeordneten der PDS

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333